

„Komitees 2000“ in den Niederlanden führt eine Frau: *Maria Martens* von der Vereinigung der katholischen Verbände. Bei der Eröffnungsveranstaltung nannte sie drei Ziele für die Vorbereitung auf das Jahr 2000: Es gehe um Stärkung der Identität; die Be-

deutung der Kirchen für die niederländische Gesellschaft solle sichtbar werden; die Verbundenheit innerhalb der katholischen Kirche der Niederlande, aber auch in ökumenischer und missionarischer Perspektive, sei zu fördern. *U. R.*

Friedensdienste: Neue Initiativen im kirchlichen Kontext

Seit einigen Jahren wird in Deutschland über neue und weiterentwickelte Formen qualifizierter Friedensdienste diskutiert. Eine Arbeitsgruppe der EKD hat neu entstandene Initiativen gesichtet und eine Gesamtkonzeption für die künftige Entwicklung christlicher Friedensdienste vorgelegt.

Von einer „neuen Weltunordnung“, von einer neuen Generation gewalttätiger Konflikte, von der wachsenden Gefahr „neuer Bürgerkriege“ ist die Rede, wenn die aktuelle sicherheits- und friedenspolitische Ausgangssituation, die akuten Friedensbedrohungen in der Welt beschrieben werden. Gescheiterte Versuche der internationalen Staatengemeinschaft, der neuen Situation Herr zu werden, die Erfahrung der begrenzten Chancen, mit militärischer Gewalt diesen neuen Formen gewalttätiger Konflikte ein Ende setzen, vor allem aber einen dauerhaften Frieden schaffen zu können, haben den Blick erneut auf die Notwendigkeit ursachenorientierter, präventiver nachhaltiger Konfliktbearbeitung gelegt.

Der Einsatz für die Bildung ökumenischer Schalomdienste

Angesichts dieser neuen Herausforderungen, zuallererst in der Ohnmachts- erfahrung gegenüber dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien begann auch für die deutsche Friedensbewegung, unter Friedensaktivisten in den Kirchen, bei Menschenrechts- und Entwicklungsinitiativen eine neue friedensethische Orientierungsphase. Die in den Reihen der deutschen Sektion

von Pax Christi heftig geführte Pazifismusdebatte, die Auseinandersetzung über die fortdauernde Verpflichtung auf die Option für Gewaltfreiheit angesichts von Kriegen wie dem in Bosnien war hierfür ein deutlicher Indikator.

In dieser Orientierungsphase, besonders der Suche nach möglichen zivilen Formen der Konfliktbewältigung im Kontext einer allgemeinen Wertschätzung national wie international operierender zivilgesellschaftlicher Aktionen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen, erlangten auch die in Versöhnungs- und Friedensarbeit engagierten Freiwilligendienste neue Aufmerksamkeit.

Die Besinnung auf die genuin kirchliche Aufgabe des Friedienstiftens, konkret die Neubelebung oder Schaffung neuer Friedens- und Versöhnungsdienste, beschäftigte schon die Europäische Ökumenische Versammlung in Basel 1989, die die Bildung „ökumenischer Schalomdienste“ anregte. In der Botschaft der Zweiten Deutschen Ökumenischen Versammlung in Erfurt im Juni des vergangenen Jahres griffen die Kirchen diesen Impuls auf und sprachen sich für eine breite Unterstützung „der verschiedenen Initiativen zur Einrichtung ziviler Friedensfachdienste“ aus.

In einer Kundgebung zur Friedens-

verantwortung der EKD-Synode im November 1993 in Osnabrück hieß es: „Beide, die vorrangige wie die unbedingte Option für Gewaltfreiheit führen aber zusammen in die tätige Verantwortung dafür, daß alle Handlungsspielräume entwickelt und genutzt werden, um Konflikte ursachenorientiert, präventiv und gewaltfrei zu bearbeiten, so daß der Grenzfall militärischer Einsätze wirklich Grenzfall bleibt. Für die Kirche bedeutet dies gegenwärtig, vorrangig die vorhandenen, im Aufbau und in der Diskussion befindlichen Friedensdienste zu fördern.“ Ausdrücklich bat die Synode den Rat der EKD und die Gliedkirchen, „die christlichen Friedensdienste engagiert zu unterstützen und umfassend zu fördern und dahingehend zu wirken, daß ein eigenständiger Dienst am Frieden und an der Gesellschaft aufgebaut wird.“

1994 setzte der Rat der EKD eine Arbeitsgruppe „Zukunft christlicher Friedensdienste“ ein, besetzt mit prominenten Lobbyisten und Experten in Sachen ziviler Friedensdienst. Im November letzten Jahres legte diese Arbeitsgruppe der auf Borkum tagenden EKD-Synode ihren Bericht vor, ein Plädoyer für einen entschlossenen Ausbau der bestehenden Friedensdienste, zugleich eine Gesamtkonzeption für dieses Unterfangen.

In den Akademien Loccum, Mühlheim/Ruhr und Bad Boll fanden 1994/95 große Tagungen statt, die sich auf die Weiterentwicklung bestehender Friedensdienste, aber auch auf die Neuorganisation und Schaffung neuer Formen richtete. Auf katholischer Seite bemüht sich in erster Linie Pax Christi um die Weiterentwicklung des Gedankens ziviler Friedensdienste; nicht zuletzt vor den konkreten Erfahrung einiger Freiwilliger der ökumenischen Friedensbewegung, die seit fünf Jahren im ehemaligen Jugoslawien in der Flüchtlingsarbeit zunächst in Kroatien, dann auch in Bosnien aktiv sind.

In einzelnen Landeskirchen und Bistümern bildeten sich im Rahmen dieser neubelebten Diskussion Initiativen für Friedensdienste. Ein Beispiel dafür ist

das Votum des Freiburger Diözesanforums 1992 zur Förderung des „ökumenischen Schalomdienstes“. Das hinter diesem Votum stehende konkrete und bereits praktizierte Modell umfaßt einen in einem konkreten Projekt im Ausland eingesetzten „Schalomboten“ bzw. „-botin“, der bzw. die von einer Partnergruppe innerhalb der Diözese begleitet wird.

An der Entwicklung eines Friedensdienstes mit einem noch einmal ganz eigenen, die spirituell-gemeinschaftliche Dimension betonenden Profil, dem „Schalom-Diakonat“, arbeitet seit etwa drei Jahren der „Ökumenische Dienst im konziliaren Prozeß“, finanziell auch von einigen Diözesen und der EKD mitgetragen. Im Rahmen dieses Schalom-Diakonates bereiten sich Erwachsene mit Berufs- und Lebenserfahrung in einem mehrphasigen Ausbildungsgang für den auf mehrere Jahre hin angelegten Friedens- und Versöhnungsdienst vor.

Qualifizierungsbedarf bei den Friedensdiensten

Die Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der bereits tätigen, „traditionsreichen“ Friedensdienste – etwa der Aktivitäten der klassischen „Friedenskirchen“ (Mennoniten, Quäker, Church of Brethren), oder der auf Versöhnung und Verständigung ausgerichteten Freiwilligendienste vorwiegend junger Erwachsener in Projekten der „Aktion Sühnezeichen“ oder „Eirene“ – hat vor allem gezeigt: Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen bedürfen die bestehenden, aktuell praktizierten Formen eines weitgehenden *Qualifizierungsschubs*, sollen die Friedensdienste den an sie neu gestellten Ansprüchen an gewaltfreie Konfliktbearbeitung gerecht werden.

Diesem Qualifizierungsbedarf sucht vor allem das Konzept eines „Zivilen Friedensdienstes“ Rechnung zu tragen, für das sich in den letzten Jahren eine breite Unterstützerguppe gebildet hat: darunter der Trierer Bischof

und Präsident der deutschen Sektion Pax Christi, *Hermann Josef Spital*, der Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin und Brandenburg, *Wolfgang Huber*, sowie eine interfraktionelle Gruppe von Bundstagsabgeordneten. Dieses Konzept zur Ausbildung ziviler Fachkräfte für den Aufbau gesellschaftlicher Strukturen, für friedenspädagogische Aufgaben, für Menschenrechts- und Versöhnungsarbeit sowie Flüchtlings- und Rückkehrerhilfe entstand dabei aus einer 1992 gestarteten Initiative der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg und einer des Bundes für Soziale Verteidigung.

Zur Förderung eines solchen Friedensfachdienstes, in dessen Kontext Freiwillige, angestellt von Projektträgern im In- und Ausland Konflikte in und zwischen Gesellschaften präventiv zu vermeiden, zu bearbeiten und zu schlichten versuchen, bildete sich 1994 ein sogenanntes „Forum Ziviler Friedensdienst“.

Im Dezember 1995 legte dieser Zusammenschluß dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit das Konzept eines „Startprogrammes ziviler Friedensdienst. Versöhnungs- und Konfliktarbeit im ehemaligen Jugoslawien“ vor. Träger dieses Startprogrammes sollten die katholische Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH), der evangelische Dachverband Arbeitsgemeinschaft Dienste für den Frieden (AGDF) und der Bund für Soziale Verteidigung sein.

Dieses Startprogramm scheiterte zunächst im Sommer 1996 am Widerstand des um die Finanzierung ersuchten BMZ. Die Bedenken des Entwicklungsministeriums richteten sich, neben Kostengründen, dabei vor allem auf die Vermeidung der Errichtung einer Parallelstruktur zu bestehenden Entwicklungsdiensten. Unter anderem aber wurden auch das hohe Sicherheitsrisiko für die Freiwilligen und der generell schwer zu erhebende Bedarf an solchen Friedensarbeitern genannt.

Die Initiatoren verpflichteten sich jedoch, ihr Engagement für die Ein-

führung eines solchen „Zivilen Friedensdienstes“ fortzusetzen und auch weiter Lobbyarbeit zu betreiben für eine Zustimmung des Bundestages zur Einrichtung eines solchen Friedensdienstes. Einen Teilerfolg konnten die im „Forum Ziviler Friedensdienst“ zusammengeschlossenen Gruppen und Initiativen jetzt doch erzielen: In Trägerschaft der AGDF (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden), des Bundes für Soziale Verteidigung und des Forums „Ziviler Friedensdienst“ beginnt im April dieses Jahres ein etwa vier Monate dauernder Ausbildungsgang zur Vorbereitung von Fachkräften, die sich Aufgaben der zivilen Konfliktbearbeitung widmen sollen.

Der Ausbildungsgang richtet sich an Personen mit Berufs- und Lebenserfahrung, die einen mindestens einjährigen Vertrag mit einem Projektträger haben, der zur zivilen Konfliktbearbeitung mit einer Partnergruppe im Gastland, vor allem im ehemaligen Jugoslawien, kooperiert. Die Projektträger, etwa zehn, sind seit Beginn des Krieges in Ex-Jugoslawien in verschiedenen Formen der Friedensarbeit engagiert. Finanziert wird dieser Ausbildungsgang unter anderem durch das Land Nordrhein-Westfalen.

Friedensdienst beruht auf Freiwilligkeit

Auch das Konzept „Ziviler Friedensdienst“ war Gegenstand der Untersuchungen der EKD-Arbeitsgruppe „Zukunft christlicher Friedensdienste“, obwohl der in Kooperation mit dem Staat geplante Dienst nicht im unmittelbaren Blickfeld der Arbeitsgruppe stand, die sich mit der Weiterentwicklung und Strukturierung der christlichen Friedensdienste befaßte. Ihr Bericht begrüßt das Konzept „Ziviler Friedensdienst“ und empfiehlt der Synode den Vorschlag bei den politisch Verantwortlichen zu unterstützen.

Die Arbeitsgruppe hat fünf Leitideen und Zielsetzungen herausgearbeitet, „wie die christlichen Friedensdienste

zur Stärkung der Friedenskompetenz im Inland und Ausland beitragen können“: Die grundlegende Herausforderung bei der veränderten friedenspolitischen Lage sei die Erhaltung bzw. die Neukonstituierung demokratischer politischer Gemeinwesen trotz der Konflikte, die im Innern von und zwischen Gesellschaften zunehmen würden: „Die Herausbildung und Stärkung ziviler Formen für die Austragung von Konflikten aus dem Innern der Gesellschaft ist innenpolitisch und in internationaler Perspektive zu ei-

ner herausragenden friedenspolitischen Aufgabe geworden.“

Eine zentrale Aufgabe liege in der gegenwärtigen Situation, so die zweite „Leitidee“, in der zivilen oder konstruktiven Konfliktbearbeitung im Sinne der Vor- und Nachsorge. Militärische Einrichtungen seien dafür weder kompetent, noch beanspruchten sie dafür Kompetenz; die Kirchen könnten hier durch ihr Handeln wegweisend wirken. Drittens entspreche über friedensethische und -politische Begründungszusammenhänge hinaus

„ein verstärktes Engagement der Kirchen für zivile Konfliktbearbeitung auch ihrer Rolle als intermediäre Instanz im gesellschaftlichen Kontext und profiliert diese weiter“.

Die Arbeitsgruppe mahnt überdies, auch im internationalen Kontext stehe die Entwicklung von friedensfördernden Diensten auf der Tagesordnung. In einem letzten Punkt wird betont: „Friedensdienst beruht auf Freiwilligkeit“. Friedensdienst sei deshalb mit einem allgemeinen Pflichtdienst nicht zu vereinbaren. A. F.

Europa auf dem Wege

Regierungskonferenz und Währungsunion als nächste Etappen

1997, 1998, 1999 – die Zeit läuft für den in Maastricht einst vereinbarten Weg in Europa zu mehr politischer und wirtschaftlicher Einheit. Und mit der Zeit steigen auch die Nervositäten angesichts mancher Ungewohntheit im Umgang mit den festgelegten Kriterien und geplanten Schritten. Ein offener Prozeß, so daß nicht ausgeschlossen ist, daß sich die Zielsetzungen mit dem Erreichten wandeln.

„Das Jahr Europas“: Gemeint war 1997, und so stand es unlängst – ohne Fragezeichen – in einer Sammelüberschrift zu Europa-Themen in der „Zeit“ (7. 2. 97). Aber was der Sammelüberschrift folgte, war eine einzige Auflistung britischer Bockigkeiten gegenüber dem Rest der Europäischen Union und deutsch-französischer Streitereien. Eifersüchteleien und Widersprüchlichkeiten im Vorfeld der Währungsunion.

Und tatsächlich, allein schon was in den letzten Monaten hauptsächlich an geld- und finanzpolitischen Gegensätzen zwischen Deutschen und Franzosen an die Oberfläche kam und auch die Aufregungen in Frankreich nach dem Bekanntwerden der jüngsten gemeinsamen deutsch-französischen verteidigungspolitischen Vereinbarungen beim Treffen des deutschen Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten im Dezember in Nürnberg (vgl. „Le Monde“, 25. 1. 97) lassen erahnen, wie sehr es selbst im Antriebsbezirk der europäischen Einigung, dem deutsch-französischen Verhältnis, zu knirschen beginnt, wenn es politisch ans Eingemachte, sprich um Souveränitätsverzichte geht oder auch nur um die Überwindung bislang unaufgearbeiteter Unverträglichkeiten und Vorurteile zwischen deutschen Vorkämpfern für Währungsstabilität und Erben französischer „Planifikatoren“.

Erst recht zeigten gewisse Gerüchte während des Weltwirt-

schaftsforums in Davos im Januar und die Turbulenzen, die ein gezielt platzierter Bericht der „Financial Times“ von Anfang Februar über einen vermuteten Plan, Italien (und den anderen Mittelmeer-Mitgliedsstaaten der EU) den Zutritt zur Währungsunion einstweilen zu verwehren, zwischen Italien und Deutschland, ausgerechnet am Vorabend des Besuchs von Ministerpräsident *Romano Prodi* mit mehreren Mitgliedern seines Kabinetts in Bonn (am 7. 2. 97), und vor allem in den betroffenen Mittelmeerländern selbst auslöste, wie empfindlich und verletzbar jeder einzelne Schritt im europäischen Einigungsprozeß noch ist, sowohl dort, wo es darum geht, handfeste Interessen gegenseitig in Einklang zu bringen, wie auch dort, wo es „nur“ um ererbte nationale Eigenheiten geht, aus denen einmal die, einmal jene Seite politisch Kapital zu schlagen versucht (vgl. dazu das Interview des Wirtschaftsprofessors und derzeitigen italienischen Verteidigungsministers, *Nino Andreatta*, im „Corriere della Sera“ vom 9. 2. 97).

Der Aufschrei eines norddeutschen Landesbankpräsidenten, als die Kunde laut wurde, Deutschland und Frankreich hätten sich endgültig auf einen Franzosen als ersten Chef der Europäischen Zentralbank (EZB) geeinigt, ein Franzose in dieser Position sei nicht zumutbar, so etwa nach der Devise, nach dem Frankfurter „Erzbischof“ *Tietmeyer* ein Vikar des Elysée, das gehe nicht, und das laute Stöhnen darüber des